

Pflegepersonal-Bedarfsprognose für Österreich

Eine Studie der Gesundheit Österreich GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

Wien, November 2019

Pflegepersonal – Bedarfsprognose für Österreich

Österreich hat ein sehr gutes System der Pflegevorsorge. Ein zentrales Element stellt die Sicherstellung sowie der bedarfsgerechte Aus- und Aufbau an professionellen Pflegedienstleistungen dar. Über den Pflegefonds wurden in den vergangenen Jahren maßgebliche Akzente zur Sicherstellung einer qualitätsgesicherten Pflege und Betreuung gesetzt.

Demographische wie auch gesellschaftspolitische Entwicklungen führen dazu, dass Betreiberinnen und Betreiber von Pflegeeinrichtungen und Krankenanstalten zunehmend vor der Herausforderung stehen, qualifiziertes Pflegepersonal rekrutieren und bzw. langfristig im Beruf halten zu können. Es ist sowohl mit einer Zunahme der pflegebedürftigen Personen in Österreich, als auch mit einem Rückgang von familiären Betreuungsressourcen zu rechnen.

Um eine hochwertige Pflege auch in Zukunft zu gewährleisten, gilt es daher, frühestmöglich Planungen zur zukünftigen Deckung des Personalbedarfs zu setzen.

Pflegepersonal – Bedarfsprognose für Österreich

Ziel der Studie ist eine gesamthafte Darstellung der personellen Ist-Situation auf Basis vorhandener Daten sowie eine Prognose für den gesamten Bereich der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe inklusive Sozialbetreuungsberufe mit Pflegekompetenz und der Heimhilfe im Bereich der Akut- und Langzeitbetreuung und -pflege für die Jahre 2025 und 2030 zu geben. Darüber wurden auch Empfehlungen zur Abdeckung des zukünftigen Personalbedarfs und Erhöhung der Berufsverweildauer ausgearbeitet.

Durch diese Erhebung wird erstmals in Österreich ein umfassendes Bild gezeichnet und valide Aussagen zur personellen Situation der Berufsangehörigen der Gesundheits- und Krankenpflege getätigt. Darauf aufbauend können gemeinsam mit den Bundesländern Strategien entwickelt werden, um qualitätsvolle Pflege und Betreuung auch in Zukunft sicherzustellen.

Status Quo

Demografie und Pflegebedarf

Am 1. Jänner 2019 lebten in Österreich 1.717.696 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren (19,4% der Gesamtbevölkerung), 5.472.520 Personen (61,8%) waren im Haupterwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren und 1.668.559 Menschen (18,8%) waren 65 Jahre oder älter, 225.938 Menschen (2,6%) sind 85 Jahre oder älter. Diese Gruppe der hochbetagten Menschen ist auch jene mit vermehrtem Pflegebedarf.

Pflegegeld

Im Oktober 2019 bezogen 457.895 Personen ein Pflegegeld mit folgender Verteilung:

	1	2	3	4	5	6	7	Gesamt
Frauen	82.195	60.714	51.301	42.074	34.373	11.812	5.936	288.405
Männer	45.959	37.481	31.747	25.013	17.556	8.292	3.442	169.490
Gesamt	128.154	98.195	83.048	67.087	51.929	20.104	9.378	457.895
%-Verteilung	27,99%	21,44%	18,14%	14,65%	11,34%	4,39%	2,05%	100,00%

Beschäftigte in Pflege und Betreuung

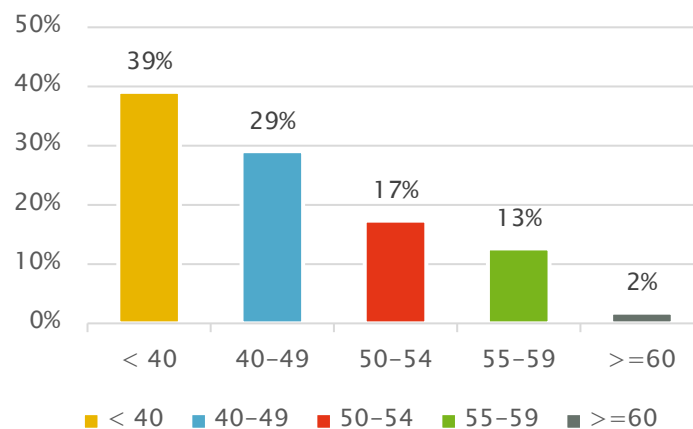
Insgesamt sind in Krankenhäusern und im Bereich der Langzeitpflege und –betreuung (stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen, mobile Pflege Betreuung) in Österreich rund 127.000 Personen beschäftigt. Rund 67.000 Personen sind im Krankenhaus beschäftigt, weitere 60.000 in der Langzeitpflege. Von den 127.000 Personen entfallen 60 Prozent auf diplomiertes Gesundheits- und Krankenpflegepersonal (76.000 Personen), 31 Prozent auf Pflegeassistentenkräfte (39.000 Personen) und 9 Prozent auf Heimhilfen (12.000 Personen).

Pflege- und Betreuungspersonen	Krankenhaus	Langzeitbereich
Diplomiertes Pflegepersonal	58.000 Personen	18.000 Personen
Pflegeassistent, Pflegfachassistent	9.000 Personen	30.000 Personen
Heimhilfe	-	12.000 Personen
Gesamt	67.000 Personen	60.000 Personen

Darüber hinaus sind Pflege- und Betreuungskräfte noch in anderen Bereichen tätig, wie z.B. in der Betreuung von Menschen mit Behinderungen, in der Forschung, in der Verwaltung oder auch als selbständige Pflegekräfte. Diese Personen sind in der vorläufigen Studie nicht enthalten. Seit 1. Juli 2018 gibt es eine Registrierungspflicht für alle Angehörigen von Pflegeberufen und therapeutischen Berufen. 2019 wurden bis September über 180.000 Personen im **Gesundheitsberuferegister** erfasst. Diese Daten werden nun einer Qualitätssicherung unterzogen und ab 2020 werden erste Analysen zu einer weiteren Konkretisierung der Planung beitragen.

Altersstruktur der Pflege- und Betreuungspersonen

Pflege ist - da in 85 Prozent der Fälle von Frauen durchgeführt - weiblich. Aus Erhebungen für die vorliegende Studie zeigt sich auch, dass rund ein Drittel über 50 Jahre alt sind und in 10 Jahren wahrscheinlich bereits in Pension gehen.

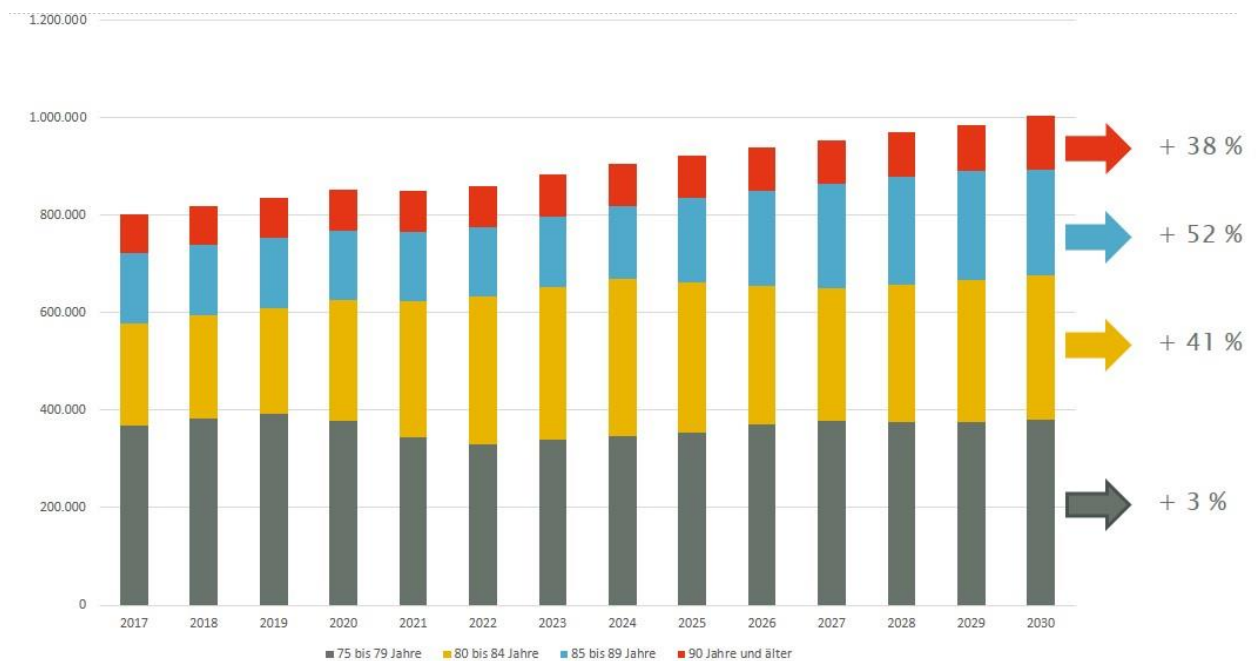


Quelle: Gesundheitsberuferegister, Erhebungen bei den Bundesländern, Darstellung: GÖG

Bedarf bis 2030

Demografische Entwicklung

Bis 2030 wird die Anzahl der über 85-jährigen Menschen um knapp 45 Prozent auf 327.000 Personen ansteigen, am stärksten wächst die Gruppe der 85-89jährigen mit über 50 Prozent.



Quelle: Statistik Austria, Darstellung GÖG

Gleichzeitig sinkt der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung von 20 bis unter 65 Jahren bis 2030 von rund 62 Prozent der Gesamtbevölkerung auf 57 Prozent. Auch der Anteil der unter 20jährigen wird leicht zurückgehen. Dies bedeutet, dass der wachsenden Anzahl von pflegebedürftigen Menschen immer weniger Jugendliche für Ausbildungen und somit in Folge potentielle Pflege- und Betreuungskräfte gegenüberstehen.

Pflegepersonalbedarf 2030

Basierend auf den Erhebungen (Erhebungszeitraum 2017) und unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und der altersmäßigen Verteilung der Inanspruchnahme von Pflege und Betreuung in Krankenhäusern und im Bereich der Langzeitpflege wird 2030 in Österreich von einem zusätzlichen Bedarf von 31.400 Personen ausgegangen. Dieser Zusatzbedarf erhöht sich auf 34.200 Personen, wenn davon ausgegangen wird, dass informelle Pflege zurückgehen wird und in den Bundesländern als Reaktion darauf mobile Pflege und Betreuung zu Hause ausgebaut wird.

Da rund ein Drittel der Pflege- und Betreuungspersonen über 50 Jahre alt sind und im Jahr 2030 nicht mehr im Erwerbsleben stehen, ist damit zu rechnen, dass weitere 41.500 Personen in den Beruf einsteigen müssen, um den Bedarf decken zu können.

Das bedeutet für Österreich

- einen zusätzlichen Bedarf von 34.000 Personen durch die Zunahme der älteren Menschen und einen Ausbau von Pflege und Betreuung zu Hause (rund 13.000 Personen mehr im Krankenhaus und 21.000 Personen mehr im Langzeitbereich),
- eine Abdeckung von Pensionierungen von 41.500 Personen, also
- in Summe: 75.700 Personen mehr bis 2030.

Für Pflegefachkräfte (DGKP, PFA und PA) entspricht dies einem jährlichen Bedarf von 3.900 bis 6.700 zusätzlichen Personen (in Abhängigkeit von der demographischen Entwicklung).

Dem gegenüber stehen rund 4.800 Absolvent/-innen im Jahr 2016 von FH, GuKG-Schulen und PA-Lehrgängen sowie 955 Absolvent/-innen von SOB Schulen. Aufgrund von sinkenden Schülerzahlen ist voraussichtlich mit einem Rückgang von Absolvent/-innen zu rechnen. Spätestens ab 2024 kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass der Personalbedarf mit Absolvent/-innen gedeckt werden kann. Ergänzende Maßnahmen sind schon jetzt zu treffen.

Entwicklungen

Bund und Länder setzen bereits in hohem Ausmaß Schritte zur Förderung der Qualifizierung und Ausbildung von Pflege- und Betreuungspersonen. Gesundheits- und Pflegeberufe sind seit Jahren Qualifizierungsschwerpunkt des Arbeitsmarktservice, in den letzten Jahren liegt der Fokus verstärkt auf betriebsnahen Ausbildungsformen, v.a. der Implacementstiftung. Über das Fachkräftestipendium sind seit 1.1.2019 neben den klassischen Gesundheits- und Pflegeberufen (z.B. Pflegefachassistenz) nunmehr auch Ausbildungen in Schulen für Sozialbetreuungsberufe förderbar. Trotz insgesamt rückläufiger Förderausgaben wird im Rahmen dieses AMS-Qualifizierungsschwerpunkts daher auch 2019 (wie schon in den Vorjahren) voraussichtlich ein jährliches Aktivitätsniveau von ca. 10.000 Ausbildungsteilnehmer/-innen erreicht werden können.

Die Steigerung des Angebotes an Ausbildungsplätzen alleine ist allerdings zu wenig. Aufgrund des Rückgangs an jungen Menschen insgesamt und jenen, die eine Pflegeausbildung beginnen, sind weitere Maßnahmen zu setzen.

So können Sozialbetreuungsberufe in Zukunft stärker insbesondere im Bereich der Langzeitpflege und –betreuung, also in Pflegeheimen oder in der mobilen Betreuung eingesetzt werden, da neben den pflegerischen Anforderungen auch soziale und pädagogische Kompetenzen gebraucht werden (z.B. beim der Unterstützung von Menschen mit Demenz).

Maßnahmen


Diese haben auf unterschiedlichen Ebenen anzusetzen, und zwar auf den Ebenen der Personalanwerbung (Steigerung der Attraktivität der Pflege- und Betreuungsberufe), der Personalbindung (Vermeidung des Berufsausstiegs) und Effizienzverbesserung.

Die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen liegt in der Verantwortung zahlreicher Akteure. Dies beginnt beim Bund, je nach Zuständigkeit in den verschiedenen Ministerien, und setzt sich auf Länderebenen fort. Aber auch Gemeinden, Sozialpartner, Berufs- und Interessensvertretungen, Trägereinrichtungen, Ausbildungsstätten, Forschungseinrichtungen, ja sogar Pflege- und Betreuungspersonen selbst tragen Verantwortung, dass die Umsetzung der Maßnahmen erfolgreich verläuft.

Empfehlungen

Um dem künftigen Bedarf im Pflegebereich gerecht werden zu können, sind verschiedenste Maßnahmen zu treffen. Diese sind:

- ausreichend Ausbildungsplätze innovativ planen und vorhalten
- Pflegeberufe bekannt machen, ihr Image verbessern und ihre Attraktivität steigern
- unterschiedliche Zielgruppen konkret ansprechen und während der Ausbildung unterstützen
- Informationsveranstaltungen, Praktika und Schnuppertage nachhaltig gestalten
- ausländischem Personal den Berufseinstieg erleichtern
- Drop-out-Raten während der Ausbildung senken
- lebensphasengerechtes Arbeiten ermöglichen durch Kompetenz- und Karriereentwicklung wertschätzende Unternehmenskultur fördern
- Gesamtkonzepte und Strukturen in Einrichtungen (weiter) entwickeln GuKG-Novelle umsetzen und evaluieren
- vertiefte Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten der Digitalisierung zur Unterstützung des Pflege- und Betreuungspersonals führen
- Vernetzung und (über-)regionalen Austausch fördern
- Potenziale einer interprofessionellen Ausbildung und Zusammenarbeit ausloten und nutzen
- neue Betreuungs- und Versorgungsarrangements entwickeln



**Bundesministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Konsumentenschutz**

Stubenring 1, 1010 Wien

+43 1 711 00-0

[sozialministerium.at](https://www.sozialministerium.at)